

Haushaltsrede 2018

Fraktionsvorsitzende Kirsten Eickler, 21. März 2018

-es gilt das gesprochene Wort –

Sehr geehrter Herr Landrat Petrauschke,

sehr geehrte Herren und Damen,

werte Gäste,

zuerst möchten wir uns bei Herrn Graul und seinem Team für die Arbeit bedanken, die unter nicht immer ganz einfachen Bedingungen geleistet wurde. Ich möchte mich auch bei Herrn Vieten und seinem Team im Dezernat VI bedanken, für die hervorragende Arbeit die sie bei der Umsetzung des Digitalisierungskonzeptes geleistet haben.

Seit Jahren ist die auskömmliche Finanzierung der Kommunen ein riesiges Problem.

Seit langem sind die Finanzen der Kommunen für die Wahrnehmung ihrer öffentlichen Aufgaben nicht mehr hinreichend. Dies hat in den Städten und Gemeinden des Kreisgebietes zu immer mehr Einschränkungen, vor allem im sozialen Bereich, geführt.

Ich möchte kurz auf die Aussagen einiger Bundes- und Landespolitiker eingehen, da sich darin auch die Einstellung einiger Kreistagsabgeordneten widerspiegelt.

Wie wenig ernst in Bund und Land die sozialen Probleme gesehen werden sieht man deutlich an den Äußerungen von ihrem neuen Gesundheitsminister Spahn und ihrem Ministerpräsidenten Laschet, über das Tafel-System und Harz IV. Wer wie Herr Spahn glaubt das mit Harz IV jeder hat was er zum Leben braucht und das niemand in Deutschland hungern müsste, wenn es die Tafeln nicht gäbe, lebt in einer total anderen Welt wie die Menschen die damit auskommen müssen. Wie muss sich jemand fühlen der Transferleistungen bezieht und dann auf N-TV von Herrn Spahn zuhören bekommt, dass seine eigene Mutter auch mit super wenig auskommen muss, mit dem Nebensatz das ja sein Vater noch da ist und deswegen alles kein Problem sei. Spätestens mit der Äußerung von Herrn Dobrindt zu Tafeln: „Daraus eine Sozialkritik zu formulieren und abzuleiten, dass die Sozialleistungen in Deutschland zu gering seien, ist unsachlich.“ Zeigt den Widerwillen der Regierung etwas an dem Zustand zu ändern oder sich überhaupt ernsthaft damit beschäftigen zu wollen.

Leider ist es nicht unsachlich, sondern Realität!

Harz IV macht die Menschen arm.

Besonders alleinstehende Menschen sind hiervon betroffen, für sie liegt der Harz IV Regelsatz oft unterhalb der Armutsgrenze. Harz IV hat dazu geführt, dass die Menschen richtig Angst bekommen haben. Vor allem die jungen Menschen leiden unter Existenzängsten. Zeitverträge und Arbeit die so schlecht bezahlt wird das man schon mit 25 weis das im Alter die Grundsicherung wartet. Wie soll man sich da eine Zukunft aufbauen. Wer einen Mindestlohn verabschiedet der niedriger ist wie der Lohn der benötigt wird um

eine Rente oberhalb der Grundsicherung zu erreichen, darf sich nicht als sozial bezeichnen. Besonders dann nicht, wenn gleichzeitig noch Sanktionen befürwortet werden für den Fall das solche Arbeit nicht angenommen wird. Damit nimmt man den Menschen auch noch die Möglichkeit sich dagegen zu wehren.

Jetzt könnte jemand auf die Idee kommen in NRW wäre die Meinung eine andere, den muss ich leider enttäuschen. Wer wie Armin Lachet glaubt das die Tafeln eigentlich für Rentner*innen und Alleinerziehende da sind, zeigt deutlich für was für eine unsoziale Renten- und Sozialpolitik die aktuelle NRW-Landespolitik steht. Eigentlich, so zu mindestens mein Verständnis von Renten- und Sozialleistungen, sind diese grade dazu da auf Hilfseinrichtungen, wie die Tafeln, nicht angewiesen zu sein. Die Äußerungen das auch ein türkischer Gastarbeiter mit 40 Jahren ein Anrecht auf die Tafel hat, ist an Hohn nicht mehr zu überreifen und zeigt besonders deutlich das die Probleme in diesem Land, dessen Armutsquote bei 17,4% liegt, mit steigender Tendenz, nicht verstanden werden.

Wir könnten all dies ändern und es würde unsere Wirtschaft nicht ruinieren.

Eine gesunde Wirtschaft leitet sich nicht von der Höhe des Gewinns ab. Ein Mindestlohn der sicherstellt das nach 45 Jahren Arbeit mehr wie die Grundsicherung wartet wäre ein Anfang. Dies würde besonders der nächsten Generation, also unseren Kindern, zu gute kommen. Die muss die Kosten zwischen Rente und Grundsicherung nämlich tragen.

Höhere Löhne schmälern den Gewinn, zugunsten der Menschen. Sie führen nicht zum Untergang unseres Wirtschaftssystems oder zur Vernichtung von Arbeitsplätzen. Wer das behauptet will den Menschen Angst machen und Sie auszunutzen. Die gute Wirtschaftslage muss endlich auch unten ankommen.

Auch hier im Kreis trifft man leider immer wieder auf deutliches Unverständnis der Situation finanziell schwächer Gestellter. Wer es für zumutbar hält Eltern mit 22000 Euro Jahreseinkommen Elterngeld abzunehmen, hat von dem Geld noch nie Leben müssen, geschweige denn eine junge Familie zu ernähren. Was einige hier von Transferleistungsbeziehern halten wird besonders deutlich in der Äußerung, „dann sollen die halt `ne Schachtel Zigaretten am Tag weniger rauchen“. Das war in einem Ausschuss als Gegenargument zu hören. Wer solche Äußerungen macht und sich als sozial oder christlich bezeichnet hat die Bedeutung dieser Worte fehlinterpretiert.

Wer bei Wirtschaft auf Logistik setzt, wie hier im Kreis, fördert den Niedriglohnsektor und einen Industriesektor in dem immer weniger Menschen arbeiten. Je nach Struktur auch gar keine mehr. Wer sich bei so einer Politik wundert das die Bedarfsgemeinschaften, trotz sinkender Arbeitslosigkeit gleichbleiben. Sollte mal über den Zusammenhang zwischen Niedriglohn und Bedarfsgemeinschaften nachdenken.

Nun möchte ich noch etwas zu den zwei großen Herausforderungen im Kreis sagen.

Die Pflege im Kreisgebiet muss deutlich ausgebaut werden dies gilt für die ambulante, häusliche und stationäre Pflege gleichermaßen. Die im Kreisgebiet vorhandenen Einrichtungen können den Anstieg des Bedarfs der bis 2030 prognostiziert ist, schon in einigen Jahren, nicht mehr decken. Eine besondere Herausforderung stellen dabei die vielen kleinen Orte im Kreisgebiet da. Hier muss nicht nur sichergestellt werden, dass eine Pflege vorhanden ist sondern auch das die sozialen Anbindungen nicht verloren gehen.

Mobilität im Alter ist besonders dort wo keine Straßenbahn oder Bushaltestelle in der Nähe ist ein großes Problem, das es zu lösen gilt. Die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, darf nicht auf den Lieferservice für Lebensmittel oder sonstige Dinge des Bedarfs und den Besuch des Pflegedienstes beschränkt sein. Hier sind wir alle gefordert, ein Konzept zu erstellen, das sicherstellt das eine gute Betreuung auch dann gegeben ist, wenn keine Familie vorhanden ist um bei Bedarf Aufgaben zu erledigen oder einzuspringen, wenn mal etwas nicht klappt.

Wir brauchen ein Konzept, das ohne Familie, Nachbarn und Ehrenamtlern auskommt. Familien wohnen heute weit auseinander, häufig sind die Kinder aus beruflichen Gründen weit weggezogen, die Nachbarn sind meistens im selben Alter und auf den kleineren Orten gibt es kaum noch junge Menschen. Es gibt immer weniger Ärzte auf dem Lande und Hausbesuche machen viele Ärzte nur in Notfällen. Deshalb ist es so wichtig, dass wir für die Menschen die sich das Taxi nicht leisten können, das Mobilitätsproblem lösen.

Wir brauchen ein erweitertes Pflegekonzept, das nicht nur die reine Pflege berücksichtigt, sondern auch die sozialen Bedürfnisse nicht außeracht lässt. Dies alles sicherzustellen ist eine, nicht nur planerisch große Aufgabe, sondern vor allem eine finanzielle.

Das andere große Problem ist mangelnder Wohnraum.

Wir alle gemeinsam, egal welcher Partei wir angehören, müssen gemeinsam dafür Sorgen das Wohnen im Rhein-Kreis Neuss nicht nur attraktiv ist, sondern vor allem bezahlbar wird. Unser neuer Mitspiegel nützt allerdings nur dann etwas, wenn es auch Wohnungen gibt und die sind rar im Kreis. Das heißt Wohnraum muss her!

Die Linke sieht hier allerdings die Lösung nicht in einer Kreiswohnungsbaugesellschaft die Grundstücke kauft und baut. Sinnvoller wäre eine Stelle die die Kommunen unterstützt, wenn es um zum Beispiel um die Beantragung von Fördergeldern, Ausschreibungen oder um die Mehrfachnutzung von Planungen geht. Das dies möglich ist zeigen Jüchen und Rommerskirchen. Eine Stelle die den Kommunen im Kreis bei allen Fragen und Problemen Hilfestellung leistet und verwaltungstechnische Aufgaben übernimmt, wäre sinnvoller. Denn Bauen ist eine Aufgabe der kommunalen Selbstverwaltung.

Diese muss, unserer Auffassung nach, auch durch die Kommunen mit Hilfe des Kreises wahrgenommen werden. Eine durch Kreisumlage finanzierte Wohnungsbaugesellschaft lehnen wir daher ab.

Zum Schluss möchte ich noch kurz auf die Stellungnahme der Kommunen eingehen.

Die Überbetonung des Personaletats durch die Berücksichtigung der Forderungen in den Tarifverhandlungen, sehen wir nicht. Ganz im Gegenteil wir halten 3% für das absolute Minimum. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst leisten wichtige und gute Arbeit. Wer sich um unsere Kinder kümmert, uns mit Bus oder Bahn sicher zum Zielort befördert, unsere Bibliotheken und kulturellen Einrichtungen mit Leben füllt oder in der Verwaltung dafür sorgt das alles rund läuft, hat dafür einen vernünftigen Lohn verdient.

Wir unterstützen ausdrücklich die Forderungen der Gewerkschaften nach 6% mehr Lohn. Auch die Forderung von mindestens 200 Euro monatlich mehr in den unteren Einkommensklassen ist unverzichtbar. Nur so ist es möglich die unteren Einkommensklassen zu stärken und die Schere zwischen den Einkommen nicht noch größer werden zu lassen. Berücksichtigt man die Abschlüsse in anderen Branchen ist mit einer Einigung mit deutlich

mehr wie 3% zurechnen. Wir glauben das ein höherer Abschluss durch die Rücklagen gedeckt werden kann, aus diesem Grund haben wir keinen Antrag gestellt, einen höheren Prozentsatz zu berücksichtigen.

Auch wenn das Geld der öffentlichen Kassen knapp ist, bitte ich hiermit Herrn Petrauschke sich für die unteren Einkommensklassen stark zu machen und sich für die 200 Euro Mindeststeigerung einzusetzen. Natürlich würde es mich freuen, wenn Sie dies auch für die 6% tun würden.

Wir bedauern das wichtige Anträge im sozialen Bereich abgelehnt worden sind. Wir bedauern auch das jegliches Verständnis für die ärmsten in unserer Gesellschaft fehlt. Egal ob es Rentner*innen oder Transferleistungsbezieher*innen sind. Wir werden dem Haushalt nicht zustimmen.

Bevor ich mich bei Ihnen fürs zuhören bedanke, möchte ich noch ein Lob für das Team des Kreistagsbüros aussprechen. Das trotz Stress kurz vor Sitzungen, auch Sonderwünsche immer nett und freundlich möglich gemacht hat.

Danke für die gute Zusammenarbeit!

Danke fürs zuhören.